Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Vollme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlerbrück, Rönsahl, Kierspe, Kierspe-Bhf., Bollwerk, Vollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Valbert, Ohl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld u. s. w.

Druck und Verlag: Wilh. Bell jr., Halver. Fernsprecher Nr. 42 Amt Halver. Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 146 | — Erscheint wöchentlich 5 mal. — Bezugspreis: monatl. 15000.— Mk. ohne Bestellgeld. | Halver Freitag, den 27. Juli 1923 | Anzeigenpreis: für 1 mm Höhe und 34 mm Breite 400.— Mk., im Reklameteil 1 mm Höhe u. 90 mm Breite 1500.— Mk., Offerten-Besorgung und Auskunft 1000.— Mk. | 23. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Die Reichsregierung berät neue Maßnahmen zur Erleichterung der wirtschaftlichen Notlage.

* Prinzessin Margarete von Hohenlohe wurde vom Leipziger Staatsgerichtshof zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

* Der Steuerausschuß des Reichstages hat die Abzüge von der Lohnsteuer vervierfacht.

* In Frankfurt a. M. wurde bei einer kommunistischen Demonstration der Staatsanwalt Dr. Haas von der Menge erschlagen.

* Die interalliierte Rheinlandkommission hat abermals 890 Eisenbahnbeamte und Arbeiter sowie 66 andere Beamte und Personen ausgewiesen.

* Frankreich und Belgien wollen auf die englische Note mit einer Reihe von Gegenvorschlägen antworten.

* Die preußische und die bayerische Regierung haben anläßlich der für den kommenden Sonntag geplanten kommunistischen Demonstrationen Versammlungen unter freiem Himmel für diesen Tag verboten.

* In der Untersuchung der Flucht Ehrhardts wurden weitere Verhaftungen vorgenommen und wichtiges Material beschlagnahmt.

* In Lausanne fand die feierliche Unterzeichnung des Orientfriedens statt.

* An den ausländischen Börsen sank die Mark bis zu einer Dollarparität von annähernd 600 000.

Feuersgefahr!

Wieder fliegt Flugfeuer durch Deutschland; in Breslau kam es zu schweren Bränden, auch in Frankfurt am Main loderte es empor, und noch weiß man nicht, was die nächsten Tage bringen werden. Der Schaden, der in Breslau erwuchs, beträgt fast 750 Milliarden, und das Blut von Deutschen rötete wieder das Pflaster einer deutschen Stadt. In Frankfurt ist sogar ein gänzlich Unbeteiligter in seiner Wohnung erschlagen, seine Angehörigen schwer mißhandelt worden.

Doch dieses Flugfeuer kann Feuersbrünste nur hervorrufen, wenn einmal die Vorbedingungen zum Brande da sind, wenn Dürre und Trockenheit herrscht, und — wenn die Feuerwehr versagt. Aber allzu oft wird vergessen, daß Poincaré es ist, der diese Dürre und Trockenheit zum größten Teil verursacht hat, dessen Politik die allzu verständliche Unzufriedenheit nährt, die einen allzu günstigen Boden für solche Unruhen wie in Breslau und Frankfurt abgibt. Der Kampf an Ruhr und Rhein mit seinem passiven Widerstand ist ja letzten Endes trotz Raub und Mord der Franzosen ein im Grunde genommen unblutiger Kampf, ein wirtschaftlicher Kampf, in dem Aushungerung und wirtschaftliche Erdrosselung, Verjagung der Führer, Erwerbslosigkeit mit all ihren Folgen als Waffen von den Franzosen gebraucht werden. Der Kampf ist nur möglich durchzuhalten, wenn auch das unbesetzte Gebiet durchhalten kann.

Der Angriff Poincarés richtet sich ebenso scharf gegen die Wirtschaft des unbesetzten Deutschlands wie des besetzten; auch diese will er zum Erliegen bringen. Denn damit wäre auch der Zusammenbruch der Ruhrfront besiegelt. Versagt das Hinterland, dann löst sich auch die Front auf, und Poincaré ist der Sieger. Nicht umsonst hat er darum in den letzten Wochen immer schärfere Maßnahmen gegen das besetzte Gebiet, gegen jede Regung kräftigen Wollens und kämpferischen Handelns ergriffen, wie es wieder in der jüngsten Ordonnanz der Rheinlandkommission gegen den passiven Widerstand zum Ausdruck kommt. Und jeder Aufruhr im unbesetzten Gebiet, jeder Versuch, die Schuld an den dortigen Leiden und Nöten etwa auf die deutsche Regierung abzudrehen, heißt Poincarés Werk unterstützen.

Aber wenn ein Haus brennt, so sorgt man zu allererst dafür, daß der Wind nicht Feuer und Funken hinüberträgt auf leicht brennbare Scheunen; dorthin lenkt sich auch, um die Decke zu schützen, der Wasserstrahl. So muß es das Bestreben in der Regierung sein, aus allen Kräften gerade von jenen Brandherden das Feuer fernzuhalten, wo es am leichtesten aufflackern kann. In den großen Städten ist es ja gewesen, wo der Aufruhr zuerst ausbrach und nur mit Mühe überwältigt werden konnte. Die Situation ist so schwer, so gespannt, daß oft ein Funke genügt, um den Brand zum Ausbruch zu bringen. Leider will man dort auch jetzt erst den Brunnen zudecken, nachdem das Kind hineingefallen ist; die Regierung will Maßnahmen treffen, um den Großstädten eine stärkere Lebensmittelversorgung zukommen zu lassen. Namentlich die Kartoffelnot ist groß, und wir laufen Gefahr, daß allzu menschlich der Wille zum Aushalten zusammenbricht, wenn die Lebensmittel ausbleiben. Schon ist es wieder so weit; daß beispielsweise in Berlin die Frauen in den Straßen herumlaufen und vergebens Kartoffeln zu kaufen versuchen — obwohl wir eine außerordentlich große Kartoffelernte gehabt haben. In solchen Fällen greift der Deutsche, gleichgültig, ob es in der früheren Monarchie war oder jetzt in der Republik, immer nach der Regierung. Die Regierung soll helfen, und, so setzen wir hinzu, die Regierung muß auch helfen!

Wir sind im Krieg, und im Krieg kommt es nicht auf wohlerworbene Rechte, kommt es nicht an auf das Wohlergehen des einzelnen, sondern, wenn die Gesamtheit um ihr Leben und ihr Dasein kämpft, so ist der Vertreter dieser Gesamtheit, der Staat, berechtigt, zu allen Mitteln zu greifen, um den Kampf zu gewinnen, vorausgesetzt, daß sie zweckmäßig sind. Als 1915 die Lebensmittelversorgung Deutschlands allmählich in Verwirrung geriet, da wurde in der Person des Oberpräsidenten von Batocki ein Lebensmitteldiktator ernannt, der souveräne Machtvollkommenheit erhielt. Und es ging auf einmal. Er zog den Apparat auf, dem wir es zu verdanken haben, daß wir noch fast drei Jahre trotz furchtbarster Hungerblockade wenigstens notdürftig aushalten konnten. Wenn jetzt die Regierung zu Maßregeln schreitet, so soll sie immer darauf hinweisen, daß alles, was geschieht, Notwehr ist gegen den Kampf, den uns Frankreich aufzwang. Und daß es gilt, vielleicht nur noch Wochen durchzuhalten. Vor allem aber, daß durchgehalten werden muß in diesem Kampf um Leben und Tod. Und daß diese Zwangsnotwendigkeit dann alles entschuldigt, was vielleicht an harten, tief in die Verfügungsberechtigung des einzelnen eingreifenden Maßnahmen geschehen mag.

Aber es muß was geschehen, denn sonst wird aus dem Flugfeuer, das bisher erst an einzelnen Stellen emporloderte, eine allgemeine Feuersbrunst entstehen, in der ganz Deutschland verbrennt.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Die Goldanleihe des Reiches.

Die Besprechungen über die Aufnahme einer Goldanleihe des Reiches werden zwischen dem Finanzministerium, der Reichsbank und den Großbanken fortgesetzt. Wie verlautet, dürfte es sich um eine Anleihe mit einer Laufzeit von zehn bis zwölf Jahren und einer fünfprozentigen Verzinsung handeln. Die Anleihe dürfte den Zeichnern etwas unter pari angeboten werden. Die kleinsten Stücke werden 5 Dollar oder 21 Goldmark betragen. Die Einlösung der Stücke soll bei Fälligkeit ebenso wie die Einlösung der Zinsscheine in Mark auf Grund des Newyorker Wechselkurses erfolgen.

Zur Erleichterung der Lebenshaltung.

Die Verschärfung der Wirtschaftslage und die Unruhen, die sich in den letzten Tagen in verschiedenen Orten bemerkbar machen, haben die Reichsregierung veranlaßt, mit den zuständigen Behörden in Beratungen darüber einzutreten, in welcher Weise eine Erleichterung der Lebenshaltung ermöglicht werden könnte. Voraussichtlich wird sich das Reichskabinett sofort mit der Angelegenheit beschäftigen.

Verbot des Anti-Fascisten-Tages?

Die Frage, ob der von der kommunistischen Partei mit einer Riesenpropaganda verkündete „Antifascistentag" am 29. Juli von den preußischen Behörden erlaubt werden wird, ist augenblicklich Gegenstand eingehender Beratungen. Irgendwelche Beschlüsse sind noch nicht gefaßt worden. Sie werden aber durch die Vorgänge in Frankfurt a. M. sicherlich beeinflußt werden. Auf der anderen Seite dürfte, wenigstens für Berlin, ein einseitiges Verbot nicht in Frage kommen. Es würden an diesem Tage also auch alle Veranstaltungen der rechtsradikalen Verbände untersagt werden. Für die Proviz Hannover hat bereits Oberpräsident Noske die Veranstaltung von Umzügen und Versammlungen unter freiem Himmel, ganz gleich von welchen Parteien, untersagt.

Erhöhung der Gerichtskosten.

Der Rechtsausschuß des Reichstages beriet eine Verordnung zur Erhöhung der Gerichtskosten. Einstimmig stimmte der Ausschuß zu, daß die Gerichtskosten entsprechend der Geldentwertung erhöht werden. Sodann wurde eine Verordnung zur Entlastung der Gerichte beraten, die die Erhöhung der Zuständigkeit des Amtsgerichtes von 200 000 auf 3 Millionen Mark vorsieht, und die Revisionssumme auf 5 Millionen Mark erhöht. Der Verordnung des Justizministeriums wurde zugestimmt.

Kommunistische Wahlsiege bei den Metallarbeitern.

In diesen Tagen fanden überall die Wahlen der Delegierten für den Verbandstag der Metallarbeiter in Kassel statt. An vielen Hauptwahlorten wurden dabei die Sozialdemokraten durch die Kommunisten in den Hintergrund gedrängt. Im Bezirk Gelsenkirchen wurden für die Kommunisten 1948, für die Sozialdemokraten 1527 Stimmen abgegeben. Bisher hatten die Sozialdemokraten das Übergewicht. In Essen, wo sich bisher die Sozialisten und Kommunisten unter den Metallarbeitern in ungefähr gleicher Stärke gegenüberstanden, wurden für die Kommunisten 43 155 Stimmen abgegeben, während die Sozialdemokraten nur 24 166 erhielten. Eine knappe Mehrheit behielten die Sozialdemokraten in Dresden, ebenso in Hamburg. Dagegen wurden in Berlin 54 287 kommunistische und 22 272 sozialdemokratische Stimmen gezählt. Im allmeinen war die Wahlbeteiligung schwach.

Neues preußisches Gewerbesteuergesetz.

Der Entwurf des neuen preußischen Gewerbesteuergesetzes ist vom Staatsministerium dem Staatsrat übersandt worden. Nach diesem Entwurf verzichtet der Staat auf sein ihm nach dem Finanzausgleichsgesetz gegebenes Recht, die Gewerbesteuer für sich zu erheben, mit Rücksicht auf die finanzielle Notlage der Gemeinden und überläßt den Gemeinden das Gesamtaufkommen aus der Besteuerung der gewerblichen Betriebe. Gleichzeitig wird aber den Gemeinden das Recht genommen, selbständig Gewerbesteuerordnungen zu erlassen. Der Kreis der steuerpflichtigen Betriebe ist im wesentlichen unverändert geblieben. Die Gewerbesteuer wird bemessen nach dem Ertrag und der Lohnsumme; an Stelle der Besteuerung nach der Lohnsumme kann auf Beschluß der Gemeinde die Besteuerung nach dem Gewerbekapital treten. Auf Grund der staatlichen Veranlagung erheben die Gemeinden von den Steuergrundbeträgen Hundertsätze (Zuschläge), die regelmäßig für die Steuergrundbeträge nach der Lohnsumme bzw. nach dem Kapital die gleichen sein müssen wie die nach dem Ertrage. Entsprechend der Umstellung des Veranlagungszeitraumes soll das neue Gesetz erstmalig Anwendung finden auf die Veranlagung für das Kalenderjahr 1923 nach dem Ergebnis dieses Jahres.

Der Kampf gegen das Deutschtum in Tirol.

Beginnend mit diesem Schuljahr, wird auf Befehl der Trientiner Präfektur in einer Anzahl deutschsprachigen Gemeinden der deutsche Schulunterricht durch den italienischen ersetzt. Der Präfekt rechtfertigt die Maßnahme mit der „Zurückgewinnung der Italiener des Obereischer Gebietes, die durch die alldeutschen Gewalttaten entnationalisiert wurden". Zu dieser Erklärung schreiben die Bozener Nachrichten: „Der Begründung soll die Tatsache entgegengehalten werden, daß das Unterland nicht erst durch „alldeutsche Gewalttaten" entnationalisiert wurde, sondern schon vor 500 Jahren längst deutsch war."

Aus In- und Ausland.

Berlin. Der Steuerausschuß des Reichstages stimmte der vom Reichsrat beschlossenen Erhöhung der Biersteuer auf das Fünffache zu.

Berlin. Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion ist zu Montag, den 30. Juli zu einer Sitzung einberufen worden, in der über weitere bei der Regierung einzuleitende Schritte beraten werden wird.

Flensburg. Der Giroverband hat der hiesigen Girozentrale als Kulturspende für die Nordmark den Betrag von 20 Millionen Mark überwiesen.

Rom. Wie aus dem Vatikan verlautet, erhielt Monsignore Testa einen neuen mit dem Ruhrabenteuer zusammenhängenden Auftrag. Testa ist bereits abgereist, angeblich mit dem Reiseziel Holland.

München. Ebenso wie der preußische hat auch der bayerische Minister des Innern die Polizeibehörden angewiesen, sämtliche kommunistischen Kundgebungen aus Anlaß des Antifaszistentages am nächsten Sonntag zu verbieten und ihre Abhaltung zu verhindern.

München. Im bayerischen Landtag hat die Fraktion der Bayerischen Volkspartei einen Antrag eingebracht, der die Regierung ersucht, mit der Reichsregierung in Verhandlungen zu treten, um eine Neugestaltung der Rechtsverhältnisse der bayerischen Bahnen zu vereinbaren.

Paris. Wie Havas mitteilt, werden von französischer Seite an dem Gothenburger Flugzeugwettbewerb drei bis vier Militärflugzeuge teilnehmen, denen auf Grund des Friedensvertrages das Überfliegen von Deutschland gestattet werden muß.

London. Das Parlamentsmitglied Mc Curdy sagte in einer Rede in Leeds, die Lage des Handels sei schlecht und werde sich noch mehr verschlechtern. Gegenwärtig habe England 1,2 Millionen Arbeitslose, zu Weihnachten würden es 1,5 Millionen sein.

Peking. Reuter meldet aus Itschang: Ein britischer und ein amerikanischer Dampfer wurden auf dem Jangtse-Flusse bei Tschunking beschossen. Ein amerikanisches Kanonenboot erwiderte das Feuer und fügte den Angreifern schweren Schaden zu.

Wann wird Poincaré antworten?

Die Wünsche Englands und Italiens.

Havas teilt mit, der Meinungsaustausch auf diplomatischem Wege zwischen Paris und Brüssel wegen der auf die englischen Dokumente zu erteilenden Antwort werde fortgesetzt. Man könne versichert sein, daß die englische Regierung

vor dem 3. August,

dem Tage der Beendigung der englischen Parlamentssitzungen, im Besitz der französischen Antwort sein werde, wie man es in amtlichen Kreisen Londons gewünscht habe. In diesem Zusamenhang schreibt das Blatt „Daily Telegraph", in britischen Kreisen wäre man von der Andeutung überrascht, daß die endgültige Antwort auf den britischen Antwortentwurf vielleicht hinausgeschoben werden würde. Der Irrtum, den man begangen habe, indem man dem französischen Ersuchen um Geheimhaltung des Inhalts der Dokumente und der Verhandlungen so leicht stattgegeben habe, werde jetzt in weiten Kreisen eingesehen. Es wäre aber kaum möglich, dies wieder gutzumachen. Brüssel wäre den englischen Vorschlägen günstiger gesinnt als Paris und optimistischer hinsichtlich interalliierter Vereinbarungen. Rom wäre im allgemeinen mit den britischen Zielen und Methoden einverstanden, aber enttäuscht über das Fehlen eines Vorschlages über Verschmelzung der Wiederherstellungsfrage mit der der interalliierten Schulden. Demgegenüber müsse wiederholt erklärt werden, daß nach einem solchen Vorschlag Amerika seine Teilnahme an einer Lösung der Krise endgültig verweigern würde, was infolge der günstigen Aufnahme der britischen Vorschläge in Amerika besonders zu vermeiden gewesen wäre.

Die Hoffnung auf Amerika.

Das Problem der interalliierten Schulden.

Das Blatt „Newyork Herald" berichtet aus Washington, nach einer Information aus offiziellen Kreisen seien

die Vereinigten Staaten bereit, die Regelung der französischen Kriegsschulden auf 15 Jahre zu verschieben, falls es zu einer französisch-englischen Verständigung in der Reparationsfrage komme, die die Verschiebung der deutschen Zahlungen ebenfalls auf 15 Jahre zur Folge hätte.

Allerdings würde jede Vereinbarung mit Frankreich derjenigen ähnlich bleiben, welche die Vereinigten Staaten hinsichtlich der Rückerstattung ihrer Besetzungskosten getroffen hätten. (Diese Besetzungskosten werden bekanntlich in Annuitäten zurückgezahlt.) Nach dem „Newyork Herald" wird jedoch angenommen, daß im Falle der französischen Kriegsschuld die Zinsenzahlung über den genannten Zeitraum hinaus aufgeschoben werden könnte.

Nach weiteren Meldungen aus Washington bezeichnet man es dort als wahrscheinlich, daß die amerikanische Regierung die ihr übermittelten englischen Dokumente nicht formell beantworten werde, sondern daß Staatssekretär Hughes sich darauf beschränken werde, dem englischen Premierminister die Auffassung der Vereinigten

über die Notwendigkeit klar ist, im vaterländischen Lebensinteresse die Parteiinteressen zurücktreten zu lassen, wird die in diesem Verbot liegende Warnung und Mahnung zur Besonnenheit vollauf verstanden werden.

Friedensschluß in Lausanne.

Die feierliche Unterzeichnung.

In einer feierlichen Schluß-Sitzung wurde in der Aula der Lausanner Universität der Friedensvertrag zwischen der Türkei einerseits und England, Frankreich, Italien, Japan, Griechenland und Rumänien andererseits unterzeichnet.

Gleichzeitig wurde die Unterzeichnung des dem Vertrage beigefügten Abkommens, der Protokolle und Erklärungen vorgenommen. Die Sitzung, an der die ausländischen und die Lausanner Behörden und parlamentarische Vertreter sowie die Presse teilnahmen, wurde durch den schweizerischen Bundespräsidenten Scheurer eröffnet. Als erste unterzeichneten die drei türkischen Bevollmächtigten. Der jugoslawische Vertreter beteiligte sich, obwohl er der Sitzung beiwohnte, nicht an der Unterzeichnung. Ismet Pascha unterzeichnete mit einer Feder, die ihm Mustapha Kemal Pascha eigens zu diesem Zweck gesandt hatte. An der Unterzeichnung des Friedenvertrages waren die Vereinigten Staaten nicht beteiligt, da sie mit den Türken Sonderverhandlungen zum Zwecke des Abschlusses eines eigenen Vertrages führen. Die Türken verschieben infolgedessen noch ihre Abreise, lassen aber durchblicken, daß, wenn die Amerikaner auf ihren Forderungen bestehen, die Verhandlungen vorläufig unterbrochen werden müssen. Die anderen Delegierten haben Lausanne inzwischen verlassen.

*

Ein Protest aus Thrazien.

Das Komitee der thrazischen Flüchtlinge richtete an die amerikanischen, englischen, französischen, italienischen und japanischen Delegierten an der Konferenz von Lausanne ein Protesttelegramm im Namen von mehr als 250 000 in Thrazien gebürtigen und aus ihrer Heimat vertriebenen Bulgaren, worin das thrazische Komitee der Konferenz seinen Schmerz und sein lebhaftes Bedauern ausspricht, durch den Konferenzbeschluß, infolge der Verteilung Thraziens zwischen Türkei und Griechenland zu ewigem Exil verurteilt zu sein. Nur eine Autonomieerklärung könne das Wohl der Bevölkerung und den Frieden auf dem Balkan sichern.

Zulassung von Auslandswährung.

Ausnahmen für Export und Import.

Durch ein Schreiben an die Spitzenverbände des Handels und der Industrie vom 20. Juli 1923 hatte der Reichswirtschaftsminister bei Inlandsgeschäften im Großhandelsverkehr weitergehend als bisher Zahlung in ausländischer Währung zugelassen. Dieses Schreiben findet jetzt in einer zur Veröffentlichung gelangenden zweiten Änderung der Ausführungsbestimmungen zur Valutaspekulationsverordnung seinen gesetzgeberischen Niederschlag.

Vorerst bis zum 15. August dürfen im Großhandelsverkehr in ausländischer Währung bezahlt werden Einfuhrwaren und Waren, die überwiegend aus Einfuhrwaren hergestellt sind, wenn der Zahlungsempfänger eine Handelskammerbescheinigung besitzt oder sich schriftlich verpflichtet, die Devisen binnen zwei Wochen an die Reichsbank oder den Besitzer einer Handelskammerbescheinigung weiterzugeben. Weiterhin ist zugelassen, daß ein Einzelhändler, der von Ausländern, die im Inland keinen Wohnsitz haben, für Warenlieferungen ausländische Geldsorten erwirbt, diese nach Umwandlung in Devisen in gleicher Weise in Zahlung gibt und insoweit von der Ablieferungspflicht entbunden wird.

In Verbindung hiermit steht die Bestimmung, daß, wer ausländische Zahlungsmittel oder Forderungen in Zahlung nimmt, alle Eingänge oder Abgänge an solchen Zahlungsmitteln in ein besonderes Devisenbuch aufzuzeichnen und eine Abschrift der Aufzeichnungen in jeder Woche an die Devisenbeschaffungsstelle einzusenden hat.

Vierfache Steuerabzüge.

Berlin, 24. Juli.

Im Steuerausschuß des Reichstages wurde der Entwurf einer Verordnung zur Abänderung des § 46 Abs. 2 des Einkommensteuergesetzes beraten, der die Abzüge von den Steuern der Lohn- und Gehaltsempfänger regelt. Der Ausschuß ging über die Regierungsvorlage und die Beschlüsse des Reichsrats hinaus, indem er nicht das Dreifache, sondern das Vierfache der bisherigen Abzüge festsetzte. Man begründete diese neue Erhöhung damit, das Zweieinhalbfache entspreche der augenblicklichen Geldentwertung, das Vierfache werde aber leider wohl im August bereits erreicht sein.

Zu seiner Gültigkeit bedarf dieser neue Beschluß des Ausschusses allerdings noch der Zustimmung des Reichsrats. Falls dieser die neue Änderung annimmt, würden die Abzüge betragen: für den Steuerpflichtigen und die zu seiner Haushaltung gehörige Ehefrau je 24 000 Mark, für jedes zur Haushaltung des Steuerpflichtigen zählende minderjährige Kind 160 000 und zur Abgeltung der Abzüge für Werbungskosten 200 000 Mark im Monat.

Der Steuerabzug vom Arbeitslohn.

Neue Vorschriften für die Abführung.

Hinsichtlich der Abführung der im Wege des Steuerabzuges vom Arbeitslohn einbehaltenen Beträge treten vom 1. August ab folgende Änderungen ein:

1. Beim Überweisungsverkehr: Künftig sind die in der Zeit vom 1. bis 15. eines Monats einbehaltenen Beträge bereits bis zum 25. d. M., die in der Zeit vom 16. zum Schluß des Monats einbehaltenen Beträge bis zum 10. des folgenden Monats abzuführen. Gleichzeitig mit jeder Abführung ist eine Bescheinigung an die Finanzkasse einzusenden, in der der Arbeitgeber die Übereinstimmung der in der abgelaufenen Hälfte des Kalendermonats einbehaltenen Beträge mit den abgeführten Beträgen versichert.

2. Beim Markenverfahren: Künftig sind die Marken für Lohnzahlungen, die in der Zeit vom 1. bis 15. eines Monats erfolgen, bereits bis zum 25. dieses Monats, für Lohnzahlungen, die in der Zeit vom 16. bis zum Schluß des Monats erfolgen, bis zum 10. des folgenden Monats einzukleben und zu entwerten.

Bei Versäumung der Termine werden die Zuschläge des Artikels 3 § 1 des Geldentwertungsgesetzes erhoben. Die Finanzämter werden die Durchführung der neuen Bestimmungen, die auf alle nach dem 31. Juli 1923 erfolgenden Lohnzahlungen Anwendung finden, genau überwachen.

Chronik der Gewalttaten.

— Bei der vor einigen Tagen in Trier erfolgten **Ausweisung von 230 Eisenbahnerfamilien** erhielten die Betroffenen früh zwischen 5 und 6 Uhr den Befehl, binnen einer Viertelstunde das besetzte Gebiet zu verlassen. Das gesamte Hausgerät mußte zurückbleiben. Die Leute wurden von berittenen Marokkanern und Spahis auf dem Marktplatz zusammengetrieben, mit Kolbenstößen und Peitschenhieben bearbeitet. Die französische Soldateska ritt derart in die Menge hinein, daß Frauen mit Säuglingen zu Boden geworfen und schwer verletzt wurden. Das Gepäck der Vertriebenen wurde schonungslos zerstampft.

— Seit Anfang Juli, also innerhalb von drei Wochen, sind aus der Pfalz nicht weniger als 720 Eisenbahner mit 1926 Familienangehörigen ausgewiesen worden. Am 20. Juli wurden wiederum 16 verheiratete Eisenbahner mit ihren Frauen und 37 Kindern ausgewiesen. Am 21. Juli sind neuerdings wieder 22 verheiratete Eisenbahner mit ihren Frauen und 36 Kindern ausgewiesen worden.

— Die Verkehrsblockade und die fortgesetzten Eingriffe der Franzosen haben es mit sich gebracht, daß die Versorgung des Ruhrgebietes mit Lohngeldern immer wieder Schwierigkeiten begegnet. So blieben die Lohngelder für die Zechen „Schlaegel" und „Eisen" in Recklinghausen aus. Die Belegschaften beider Zechen, etwa 20 000 Mann, sind deshalb in den Streik getreten.

— Dieser Tage versuchten mehrere Angehörige des Bochumer Vereins aus Bochum ins unbesetzte Gebiet über die Grenze bei Aplerbeck zu kommen. Sie wurden von französischen Posten überrascht und **zwei von ihnen angeschossen.**

— In Dortmund wurde die **Reichsbank von den Franzosen besetzt,** die 60 Milliarden „beschlagnahmen" wollten. Es fand sich aber nur rund eine Milliarde in der Reichsbank vor. Der Betrieb ist geschlossen.

An unsere Leser!

Die Großstadtpresse veröffentlicht den nachfolgenden Aufruf:

„Die Teuerung schreitet unaufhaltsam fort, sie folgt dem Verfall der Mark in immer schnellerem Tempo. Alle Rohstoffe, alle Fertigfabrikate, alle Löhne und Gehälter müssen dem Zwange unentrinnbarer, wirtschaftlicher Gesetze folgen. In dem Bewußtsein, den Interessen der Gesamtheit unseres deutschen Volkes zu dienen, sind die Zeitungen bisher der allgemeinen Preisentwicklung nur in weitem Abstand gefolgt und mit ihren Preisen erheblich hinter der notwendigen Steigerung zurückgeblieben. Sie hofften auf eine günstigere Entwicklung der Dinge. Diese Hoffnung hat getrogen und die Verlage sehen sich jetzt genötigt, angesichts der rapid steigenden Papierpreise, der unablässig aufwärtsgehenden Kosten für Nachrichtendienst und Redaktion, sowie der gewaltigen Mehraufwendungen für Löhne, Gehälter und Vertrieb, die Bezugspreise ihrer Blätter der Geldentwertung mehr als bisher anzupassen. Schwer ringen heute alle Zeitungen ohne Ausnahme um ihre Existenz, aber niemals war ihre Erhaltung aus politischen und wirtschaftlichen Gründen notwendiger als gerade jetzt. Wir zweifeln nicht, daß jeder Leser das einsieht, und daß er es verstehen wird, wenn jetzt die Verlage vom Bezieher fordern, was sie haben müssen, wenn die Zeitungen nicht verkümmern oder ihre Unabhängigkeit gefährden wollen."

Was hier die sog. große Presse ausführt, das trifft Wort für Wort auch für die Lokalpresse zu. Auch sie muß sich endlich mit ihren Preisen der Geldentwertung anpassen, wenn sie nicht unterliegen will. Und sie darf nicht unterliegen, weil sie eine besondere Mission hat, die Mission, die Großstadtpresse, die sehr teuer geworden ist und nur selten neben dem unentbehrlichen Lokalblatt noch gehalten werden kann, zu ersetzen.

Lokales und Provinzielles.

Halver, 27. Juli 1923.

□ **Die Telegrammhochflut.** Trotz amtlichen Anratens, Telegramme nicht in Unmengen und nicht stoßweise in den späten Abendstunden aufzuliefern, steigert sich, wie postamtlich mitgeteilt wird, der Telegrammverkehr in verschiedenen Orten von Tag zu Tag so, daß die verfügbaren Linien und Beamtenkräfte den Ansturm nicht immer bewältigen können. Wenn sich bei den großen Telegraphenämtern mit Sicherheit übersehen läßt, daß die Telegrammengen nicht in angemessener Zeit auf dem Draht befördert werden können, dürfen Telegramme nach großen Orten entweder mit der Bahnpost in schnellfahrenden Zügen oder mit der Flugpost verschickt werden. Von dem Mittel, die Telegrammhochflut durch Sperrung gewisser Orte einzudämmen, hofft die Post noch keinen Gebrauch machen zu müssen.

□ **Wöchentlicher Bezugspreis für Zeitungen.** Tag für Tag schreitet die Geldentwertung in rasender Eile fort. Die Ausgabeziffern für Material, Löhne usw. schwellen dementsprechend fast mit jeder Stunde an, so daß es den Gewerbetreibenden unmöglich wird, den Preis eines erst fertigzustellenden Erzeugnisses sofort zu bestimmen. Gerade zu absurd wird das Verhältnis für die Zeitungherausgeber, die den Bezugspreis für ihr Blatt bisher für einen ganzen Monat im voraus, oder gar für ein Vierteljahr festsetzten. Bei der Großstadtpresse beschäftigt man sich deshalb augenblicklich sehr ernsthaft mit dem Plan, die Bezugspreise nur noch für eine Woche im voraus festzulegen, da bei dem bisherigen System die Aufrechterhaltung der Betriebe aufs äußerste gefährdet wird.

—* **Verlegung der Sommerferien.** Nachdem der Beginn der Ferien der höheren Lehranstalten früher gelegt ist, werden für alle Volksschulen des Kreises, mit Ausnahme der Städte Altena und Plettenberg, sowie für die Rektoratschulen in Halver, Schalksmühle und Werdohl wie folgt festgesetzt: Die Sommerferien beginnen in allen Gemeinden des Kreises, mit Ausnahme der Gemeinden Meinerzhagen und Valbert, am Montag, den 30. Juli 1923 (Schluß des Unterrichts am 28. Juli) sie enden am Sonnabend, den 18. August 1923 (Beginn des Unterrichts am Montag, den 20. August 1923). — In den Gemeinden Meinerzhagen und Valbert bleibt es bei der bisherigen Ferien-Festsetzung.

—* **Bismarckgedenkfeier.** Am Samstag, den 4. August veranstaltet der Westfälische Bismarckbund auf der Alexanderhöhe zu Iserlohn eine große Bismarckgedenkfeier. Alle nationalgesinnten Männer und Frauen, denen sich Gelegenheit bietet, daran teilzunehmen, sollten dieselbe nicht versäumen.

—* Am 12. August wird die evangelische Kirche in ganz Deutschland einen **Rhein- und Ruhrtag** halten. In allen Gottesdiensten wird der Brüder und Schwestern im besetzten Gebiet gedacht werden. Daneben wird in großen Versammlungen der Wille der evangelischen Kirche, für Recht, Freiheit und Frieden zu kämpfen, zum Ausdruck kommen. Auch Sammlungen für die Notleidenden im besetzten Gebiet werden veranstaltet werden.

(!) **Halver,** 26. Juli. Stiftung. Die Firma Metallwarenfabrik Halver P. W. Haurand hat ihren Arbeitern und Angestellten eine wirtschaftliche Beihilfe in Höhe von 60 Millionen Mark gestiftet. Jeder verheirateter Arbeiter und Angestellter erhält 1 Million Mark und jeder unverheirateter Arbeiter und Angestellte 500 000 Mark. Die Beihilfe ist zur Beschaffung für den Wintervorrat gespendet worden. Die Arbeiter und Angestellten zollen ihrem hochherzigen Chef den wärmsten Dank für diese edle Tat.

Breckerfeld, 25. Juli. Am Sonntag ertrank in der Ennepetalsperre der etwa 18—20 Jahre alte Knecht des an der Sperre wohnenden Försters. Der junge Mann hatte sich, trotz des ausdrücklichen Verbotes des Försters, in das Wasser gewagt, obwohl er nicht schwimmen konnte. Anscheinend ist er dabei in eine Untiefe, wahrscheinlich in das Bachbett der Ennepe, geraten und fortgerissen worden. Die Leiche konnte gestern geborgen werden. Leider wird in der Ennepetalsperre, ungeachtet der großen Gefahren und des ausdrücklichen Verbotes, hauptsächlich von Ausflüglern, gebadet, die in Rudeln von 30 und mehr in das Wasser gehen und dabei leicht zu Schaden kommen.

Altena, 25. Juli. Vor einigen Tagen nächtigten auf der Burgbleibe holländische Lehrer mit einer Gefolgschaft Mittelschüler. Für den beabsichtigten Bau eines Altenaer Jugendheims mit erweiterter Jugendherberge stifteten sie ungebeten 500 000 Mark. Die Haussammlung in Altena für den gleichen Zweck ist leider nicht zur Auswirkung gekommen und wird in einiger Zeit erfolgen. Der Werbetag in Marburg erbrachte für den Ausbau einer Jugendherberge am neuen Stadion rund 6 Millionen Mark. Die Brandenburger Werbung ist mit 50 Millionen Mark Reinertrag abgeschlossen.

Essen, 25. Juli. Vor einigen Monaten bildete sich unter der polizeilosen Zeit in Essen eine gemeingefährliche Bande unter der Bezeichnung „Die schwarze Hand". Diese aus 20 Mitgliedern bestehende Bande machte allabendlich die Straßen, namentlich im Segerothviertel derartig unsicher, daß kein Bürger seines Lebens mehr sicher war. Sie war mit Schußwaffen, Messern und anderen Einbrecherwerkzeugen ausgerüstet. Eine Reihe der überfallenen Opfer, die niedergeschlagen oder niedergeschossen wurden, liegt noch schwer verletzt im Krankenhause. Jetzt ist es der Kriminalpolizei gelungen, mehrere Mitglieder der Bande dingfest zu machen. Die gemeingefährlichen Burschen bezogen zum großen Teil Erwerbslosenunterstützung.

Bonn, 25. Juli. In Groß-Altendorf befreiten die Landjäger eine 65jährige Frau aus einer grausamen, schon mehrere Monate dauernden Gefangenschaft. Sie fanden die Frau in einem dumpfen, vollständig dunkeln Raum, nur mit dem Hemd bekleidet auf einen Strohsack liegend, am rechten Fuß mit einer Kette so gefesselt, daß sie das Lager nicht verlassen konnte. Neben dem Lager standen Eß- und Trinkgeschirr und dicht dabei der Notdurfteimer. Die Frau war in dieser Weise von ihrer Schwägerin „gepflegt" worden, die dreimal täglich erschien, um kärglichste Nahrung und Wasser zu bringen, sonst aber niemand in das im übrigen unbewohnte Haus einließ. Die aus dieser „Pflege" befreite Frau wurde nach Rheinbach ins Krankenhaus gebracht.

Laubach, 24. Juli. Auf dem hiesigen Friedhof erschoß sich ein älterer Rentner, der bis vor einigen Jahren in glänzenden Verhältnissen gelebt, zuletzt aber vollständig verarmt war. Seine noch lebenden reichen Verwandten kümmerten sich nicht um den Aermsten, so daß dieser lediglich auf die Mildtätigkeit guter Freunde aus besseren Zeiten angewiesen war.

Kleine Nachrichten.

Zeugnis für unschuldig Verurteilte.

Berlin, 24. Juli. Die drei früheren preußischen Schutzpolizeibeamten, die zu ihrer Vernehmung als Zeugen in dem wegen Erschießung des belgischen Leutnants Graff gegen andere Schutzpolizeibeamte vor dem belgischen Militärgericht schwebenden Verfahren nach Aachen überführt waren, haben ihre Aussage vor der belgischen Behörde gemacht. Sie sind darauf in das unbesetzte Gebiet zurückgebracht worden.

Überzeichnete Roggenanleihe.

Dresden, 24. Juli. Die Zeichnung auf die sächsische Roggenwertanleihe ist heute, den 24. Juli, wegen Überzeichnung geschlossen worden.

Französische Plünderer.

Elberfeld, 24. Juli. Wie die Franzosen mit den Möbeln der ausgewiesenen Eisenbahner umgehen, wird aus einem Bericht aus Bischofsheim ersichtlich. Am 12. Juli wurden die Wohnungen der ausgewiesenen Eisenbahner Zahn und Eckstein erbrochen und die Möbel herausgeholt und abtransportiert. Bei dem Verladen wurde mit den Möbeln vor den Augen der Bevölkerung in rücksichtslosester Weise umgegangen, so daß Tischplatten, Stühle, Spiegel, Bilder, Geschirr usw. in Trümmer gingen. Ein Teil der Möbel wurde sogar durch die Fenster auf die Straße geworfen. Einige französische Soldaten eigneten sich unter den Augen ihrer Vorgesetzten Gegenstände an.

Der Mord an Staatsanwalt Dr. Haas.

Frankfurt a. M., 24. Juli. Bei dem im Anschluß an die gestrige Teuerungsdemonstration verübten Mord an dem Staatsanwaltschaftsrat Dr. Haas handelt es sich höchstwahrscheinlich um einen vorbereiteten Racheakt. Man nimmt an, daß einer der Mörder den Staatsanwalt persönlich kannte, weil er früher vor Gericht mit ihm zu tun hatte. Wie die ärztliche Untersuchung ergab, hatte Dr. Haas sieben Stichwunden im Kopf, zwei Stichwunden im Halse, einen Stich im Oberschenkel, außerdem Dutzende von Verletzungen, die durch Schläge mit Stöcken und einer Stange hervorgerufen worden sind.

Neues Wettrüsten.

London, 24. Juli. „Daily Chronicle" schreibt in einem Leitartikel, die Erneuerung des Rüstungswettbewerbs sei auf die Haltung einer einzigen Macht zurückzuführen, nämlich Frankreichs. Frankreich drohe keine Gefahr von seiten des entwaffneten Deutschland. Es sei auch ausgeschlossen, daß eine Anhäufung von Flugzeugstützpunkten im Gebiet des Kanals gegen Deutschland gerichtet sei. Frankreich habe England gezwungen, gegen seinen Willen seine Luftmacht zu vermehren. Solange es seine Politik nicht ändere, werde es anderen Mächten unmöglich sein, ihren Wunsch nach Abrüstung zu verwirklichen.

Der streitbare Lloyd George.

London, 24. Juli. Lloyd George sagte gestern abend auf einem ihm zu Ehren gegebenen Fest, es sei zweifel-

haft, ob der Wechsel der Regierung England zugute gekommen sei. Die Koalitionsregierung habe es wenigstens fertig gebracht, Poincaré neun Monate an der Besetzung des Ruhrgebietes zu hindern, einer Handlung, die das wirtschaftliche Leben ganz Europas in Verwirrung gebracht habe. Das Programm der neuen Regierung sei engere Freundschaft mit Frankreich gewesen. Offenbar sei aber die Entente geschwächt worden. Was die Ruhrfrage betreffe, so werde England, das ein vitales Interesse daran habe, nicht einmal um seine Meinung befragt.

Das verwahrloste Deutsch-Ostafrika.

Rom, 24. Juli. Eine Meldung der „Idea Nazionale" aus Kairo berichtet über die angeblich bevorstehende Aufteilung der England als Mandat zugesprochenen Kolonie Deutsch-Ostafrika zwischen den englischen Kolonien Kenia und Njassaland. Als Grund für die Aufteilung werde die durch die Schuld des Völkerbundes hervorgerufene Verwahrlosung es bisherigen Deutsch-Ostafrika angegeben, ferner die dem englischen Prestige schädlichen Proteste, welche die Eingeborenen beim Völkerbund gegen allzu hohe Steuern erhoben haben.

Die Bestimmungen der Goldanleihe.

Berlin, 25. Juli. Wie nichtamtlich verlautet, wird die neue Goldanleihe serienweise aufgelegt. Die erste Serie beginnt Anfang August. Die Anleihe beträgt in Goldmark 105 Millionen, der Ausgabekurs 95 %. Die Anleihe lautet auf Goldmark, die nach dem Dollar berechnet wird: 4,2 Goldmark ist gleich einem Dollar. Die Stücke lauten demgemäß auf 21, 42, 105, 210 und 420 Goldmark. Die Verzinsung beträgt 5 Prozent in Gold. Die Anmeldung zur Zeichnung gibt Anspruch auf volle Zuteilung. Einzuzahlen ist die Goldanleihe in Papiermark und zwar zum Mittelkurs der voraufgegangenen Berliner Börsennotierung.

Termingeschäfte der Reichsbank.

Berlin, 25. Juli. Das Reichsbank-Direktorium teilt mit: Gemäß § 1 der Verordnung über Termingeschäfte und den Handel mit Dollarschatzanweisungen zum Einheitskurse sind u. a. Termingeschäfte in Zahlungsmitteln oder Forderungen in ausländischer Währung gegen Reichsmark verboten. Auf Grund des § 6 der Verordnung hat der Reichswirtschaftsminister bestimmt, daß diese Vorschrift auf den Geschäftsverkehr der Reichsbank keine Anwendung findet und daß die Reichsbank befugt ist, Devisenbanken zu ermächtigen, für Rechnung der Reichsbank Terminkäufe abzuschließen und die näheren Bestimmungen zu treffen. Die Reichsbank hat auf Grund dieser Bestimmung die Devisenbanken ermächtigt, Devisen auf Termin gegen Reichsmark anzukaufen, soweit es sich dabei um die Vermittlung der Ablieferung von Exportdevisen an die Reichsbank handelt.

Schiedsspruch im Berliner Metallgewerbe.

Berlin, 25. Juli. Nachdem freie Verhandlungen über die Regelung der Juli-Gehälter für die Angestellten der Berliner Metallindustrie ergebnislos verlaufen waren, ist jetzt ein Schiedsspruch ergangen, der den Angestellten für den laufenden Monat eine Erhöhung um 305 % zuspricht. Weiter sieht der Schiedsspruch vor, daß auf die am 21. August zu vereinbarenden Augustbezüge am 15. nächsten Monats eine Abschlagszahlung erfolgt. Eine Funktionärversammlung des Afa-Bundes hat diesen Schiedsspruch als ungenügend abgelehnt und beschlossen, erneute Verhandlungen anzustreben.

Turnen, Spiel und Sport.

+ **Schalksmühle**, 25. Juli.

Mit Genehmigung des G. F. A. treffen sich am Sonntag, den 29. Juli auf dem Lüdenscheider Sportplatz am Waldschlößchen die 1. Elf von Lüdenscheid 1861 und eine kombinierte Mannschaft zusammengesetzt aus Spielern der beiden B-Klassen — Vereine Brügge und Schalksmühle. Da Lüdenscheid zusagte, die komplette 1. Mannschaft ins Feld zustellen, ist ein spannender Kampf zu erwarten und werden die B-Klassen-Vertreter alles hergeben müssen, um einigermaßen günstig abzuschneiden. Der Anfang des Spieles ist auf 4 Uhr festgelegt. Der Reinertrag aus diesem Spiel soll einem vor Jahresfrist beim Fußballspiel verletzten Spieler zu Gute kommen und ist der Besuch schon aus diesem Grunde erwünscht. Den Vereinen, die sich zur Austragung des Spieles bereit erklärten, auch an dieser Stelle herzlichen Dank.

Städtischer Viehhof Elberfeld. Bericht der amtlichen Notierungskommission vom 23. Juli. Auftrieb 473 Stück Großvieh, davon 94 Ochsen, 60 Bullen, 306 Färsen und Kühe, 13 Fresser, 1138 Schweine, 327 Kälber, 75 Schafe. 1. Rinder: A Ochsen: Preis für 1 Pfund Lebendgewicht: a) 30000—31000 Mark, b) 28000—30000 Mk., c) 24000—27000 Mk., d) 20000—24000 Mk. B. Bullen: a) 28000—29000 Mk., b) 24000—27000 Mk., c) 20000—23000 Mk. C. Färsen und Kühe: a) 32—33000 Mk., b) 30000—31000 Mk., c) 26—28000 Mk., d) 22000—25000 Mk., e) 16000—20000 Mk. 2. Jungvieh: 18—23000 Mk., 3. Kälber: a) —, b) 36000—38000 Mk., c) 32000—35000 M., d) 28000—30000 Mk, e) 25—27000 Mk. 4. Weidemastschafe: a) —, b) 20000—30000 Mark, 5. Schweine. a) 40000—41000 Mk., b) 42000—43000 Mk. c) 44000—45000 Mark. Tendenz des Marktes: In allen Gattungen mittleres Geschäft.

Wetter-Aussichten.

29. Juli: veränderlich, warm.
30. = Sonne, Wolken, angenehm, strichweis Regenfall.
31. = wenig verändert.
1. August: Wolken, teils Sonne, strichweis Gewitter,
2. = Sonne, teils Wolken. Angenehm. [schwül.
3. = Kaum verändert.
4. = Sonne, Wolken, warm. Stellenweis Gewitter.

Berlin, 26. Juli. An der heutigen Börse notierte der Dollar 758000.

Schriftleitung: Wilh. Bell jr., Halver i. Westf.

Am **28. ds. Mts.**, nachm. 2½ Uhr findet in **Neuenbrücke bei Kriegeskorte** eine

Sitzung der Gemeindevertretung Hülscheid

statt.

Schulangelegenheiten, Beihilfenanträge, Wahl zur Amtsvertretung, Grundsteuerordnung, Haushaltsplan 1923.

Lüdenscheid, den 24. Juli 1923.

Der Amtmann.

Auktion!

Am Samstag, den 28. Juli 1923, nachmittags 3 Uhr, verkaufe ich in der Wohnung von **Dunkel (Haus von Engstfeld & Co.) in Bollwerk** folgende gebrauchte Gegenstände öffentlich meistbietend gegen bar:

1 schwarz emaillierter Herd, 1 kirschbaum Pultschrank, 1 Topfbank, 1 Tisch, 2 Stühle, 1 Kleiderschrank 1-türig, 1 Bettstelle 2-schläfig, 1 Spiegel, 2 Lampen u. a.

Ernst Koch, Auktionator, Kierspe.

Auf Teilzahlung!

Herren- und Burschen-Konfektion Schlüpfer u. Covercoats, Streifhosen u. Breetcheshosen

la. Verarbeitung u. tadellosem Sitz bei 897

Wollberg

59 **HAGEN i. W.** Altenhagenerstraße 59

10 Minuten vom Hauptbahnhof.

Zahle für Metalle heute folgende Preise:

Blei	15—20000	Mk.
Zink	20000	„
Messing	35000	„
Kupfer	50000	„

Bei größeren Mengen auf Anfrage.

Heinr. Bernhard jr., Radevormwald.

Lager: Kaiserstraße 4.

— Fernruf: 134. —

Spazierstöcke

empfiehlt **Wilh. Bell jr., Halver.**

Meiner werten Kundschaft

zur Kenntnis, daß bis zum Eintritt geregelter Verhältnisse mein

Zweiggeschäft Wittekindstr. 1—3

nur vormittags von 9 bis ½1 Uhr

und mein

Hauptgeschäft Frankfurterstr. 97-109

nur nachmittags von 3 bis ½7 Uhr

geöffnet ist.

Hermann

Kornblum

Hagen i. W.

Die hervorragendsten Instrumente und Künstlerplatten

‚Grammophon'

unübertroffene Weltmarke

Spezialvertreter:

Roth & Junius,

Hagen i. W., Bahnhofstraße 29.



Achtung! Werke u. Private!

Bitte ausschneiden und aufbewahren. Ich annonciere nicht oft, aber bezahle immer weit höhere Preise wie die Konkurrenz



920

Kaufe:

Zinn
Aluminium
Kupfer
Rotguß
Messing
Zink
Blei
Kern-Eisen

Für Auswärtige bei 10 kg Metall volle Fahrtvergütung.

Bei größeren Posten hoher Aufschlag. Hole auch auf Wunsch ab. Kaufe auch von Händlern.

Metall-Handlung Carl Vels,

Hagen i. W. Goldbergstraße 13.

Fernsprecher Nr. 3961.

Anzüge, Hosen, Schlüpfer, Couvercoats, Gummi-Mäntel

932 **in aparten Farben und Formen**

auf **Teilzahlung** im

Bekleidungshaus „Westfalia",

Hagen i. W., Elbersufer, Ecke Haidenstraße.

— Auswärtige Kunden Fahrtvergütung. —

Für kleinen Haushalt suche ich per sofort oder später sauberes, in Hausarbeit erfahrenes

Mädchen

gegen guten Lohn.

Frau Hugo Asbeck, Oberbrügge.

Ich suche für sofort ein kinderliebes

Mädchen.

Frau Ernst Widder

z. Zt. Lüdenscheid, Hohfuhrstr. 28.

1 braves, evangel.

Mädchen

in einen gut bürgerl. Haushalt bei gutem Lohn und gute Behandlung sucht für sofort

Frau Aug. Becker, Elberfeld, Kölnerstr 63. Telefon 1739.

Tüchtiger

Fallhammerschmied

für sofort oder in 14 Tagen gesucht. Dauernde Beschäftigung bei gutem Lohn.

Becker & Co., G. m. b. H., Halver i. Westf.

Nur in meinem Bettfedernlager



Bettfedern

Inlette echt rot u. federdicht.

Fertige Betten

werd. kostenlos im Beisein des Käufers gefüllt.

Ernst Windmüller,

Bettfedern-Großhandl. Bismarckstr. 24 am Wilhelmsplatz. Telephon 3694. Straßenbahnhaltestelle Linie 8. Geschäftszeit von 8 Uhr morg. bis 7 Uhr abends

Hagen i. W.

811

Anzüge und Schlüpfer

Damen-Konfektion auf

Teilzahlung

kaufen Sie, wie bekannt, am reellsten und billigsten bei

Schiffeliers

Hagen

Elberfelderstraße 96. Eingang i. Möbelgeschäft.

Alte Bleirohre

u sonstige Altmetalle kauft ständig 700

Friedr. Ernst Häusler, Kierspe-Bhf.

Telefon 341, Meinerzhg.

Erhalte Sonnabend, den 28 Juli eine große Sendung allerbester



Schweine

Wilh. Faßbender, Meinerzhagen

— Telefon 85 —

Korbwaren

empfiehlt

Wilh. Bell jr., Halver.



Freiw. Feuerwehr Buschhausen.

Feier des 25jährigen Bestehens

Sonntag, d. 29. Juli in Buschhausen

durch

Schauübung, Konzert u. Ball

unter gütiger Mitwirkung des **M.-G.-V. „Eintracht"-Buschhausen.**

Die Musik wird ausgeführt von der **— Feuerwehrkapelle Halver. —**

Treffpunkt der Wehren Wirtschaft Schnöring, 2½ Uhr geschlossener Abmarsch.

Beginn des Konzerts: 4 Uhr nachmittags.

Um rege Beteiligung bittet

Der Vorstand.

Klavier- und Geigen-Unterricht

Theorie:

Gewissenhafte Ausbildung von den ersten Anfängen b. z. Konzerttätigkeit.

— Mäßiges Honorar. —

Die Einteilung der Klassen denen des Westdeutschen Konservatorien-Verbandes gleichgestellt.

Aufnahme neuer Schüler

Samstag nachmittags von 4 bis 7 Uhr bei Herrn Ernst Bastian, Hotelbesitzer, Kierspe-Bahnhof.

Paul Schürmann,

Diplom-Musiklehrer.



Gerner u. Co. Hagen

Elberfelderstr. 80 **G.m.b.H.** Fernruf: 3580

667

Abzugeben:

Eisen-Gitterzaun

14 Mtr. lang, 1,35 Mtr. hoch zu ¾ Eisenpreis; ferner:

2eichen. Zugkarren-Räder

mit Achse, 500 Klg. Tragkraft, preiswert.

Peter Cramer jr.,

Hufbeschlag und Wagenbau, Bollwerk.

Gegen sofortige Barzahlung suchen wir

= Nadelholzbestände =

aller Art zum Selbstabtrieb, sowie geschlagene Holzbestände zu kaufen.

Nörtemann & Co., Holzhandlung Hagen i. W.

209 Fernruf 1897 und 3965